

LESERMEINUNGEN

TTZ:

26.02.2014

Zu der Diskussion über den geplanten **Windpark** erhielten wir dieses Schreiben:

Respekt für diese Entscheidung

Die Neu-Anspacher Stadtverordneten haben mit dem Aufschieben ihrer Entscheidung zum Windpark das Verfahren entschleunigt und auf diese Weise Raum für eine dringend notwendige Versachlichung der Diskussion geschaffen. Respekt!

Jetzt kann sich der Blick über die individuelle Betroffenheit hinaus weiten. Was ist mit Weilrod, Friedrichsdorf oder Hasselbach? Sind die Landschaft und die dort lebenden Menschen etwa weniger schützenswert? Wer sich die Mühe macht und beim RP (Internetseite) die Windkraftpläne des Regionalverbands anschaut, wird staunen, welch gigantische Anzahl an WKAs sich in Planung befinden – allesamt auf bewaldeten Höhen der Mittelgebirge. Weshalb also gerade bei uns nicht? Zum einen ist ohne Zweifel das Herzstück des Taunuswaldes besonders schützens-

wert. Zum anderen gibt es in der hier lebenden Bevölkerung offenbar die Fähigkeit, einen wirksamen Widerstand zu organisieren und durchzusetzen. Das ist in vielen strukturschwachen Mittelgebirgsregionen wohl nicht der Fall – leider. Deshalb müssen wir kein schlechtes Gewissen haben.

Die aktuelle Kehrtwende der Bundesregierung beim Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) mahnt zur Vorsicht, da die Einspeisevergütung für Windstrom um 30 Prozent gekürzt werden soll! Warum? Will man die Energiewende abwürgen? Es ist doch klar, dass sich viele Anlagen dann nicht mehr rechnen. Während wir 2013 noch 5,28 Cent pro Kilowattstunde entsprechend 20,393 Milliarden EEG-Umlage zahlten, werden es für 2014 mit 6,24 Cent schon weit über 24 Milliarden Euro sein. Hier wird offensichtlich eine Grenze überschritten. Es ist mit weiteren Kürzungen zu rechnen, da geplante und im Bau befindliche Anlagen nicht berücksichtigt sind. Die versteckte Subvention über den Strompreis ist dabei höchst unsozial, weil sie alle Verbraucher in etwa mit dem gleichen Betrag belastet und der Strombedarf nicht entsprechend mit dem Einkommen steigt. Wir zahlen schon jetzt bei starkem Wind für die Abnahme des überschüssigen Windstroms an das benachbarte Ausland, um ihn bei Flaute wieder teuer zurückzukaufen. Die Nachbarn in der EU, deren Stromnetze belastet werden, wollen Stromsperrern installieren und wehren sich überdies gegen die deutschen Industrie-Rabatte (EEG-Umlagebefreiung) als unzulässigem Wettbewerbsvorteil. Bei Würdigung all dieser Fakten kann die künftige Ertragsituation von Windkraftanlagen nur als unsicher bezeichnet werden.

Wenn man sich den im Vergleich

zur EEG-Umlage verschwindend kleinen Etat zur Erforschung neuer umweltverträglicher Energien und deren Speicherung anschaut, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass hier bisher die Schwerpunkte falsch gesetzt wurden. Dies muss und wird korrigiert werden.

Ferdinand Gabriel
Neu-Anspach

Ganzheitliche Betrachtung

Auf den Seiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gefunden: „Die Netze stehen europaweit vor großen Herausforderungen, die eine ganzheitliche Betrachtung von Erzeugung, Netz und Transport erfordern... Deshalb haben Bundestag und Bundesrat auf Initiative der Bundesregierung im Sommer 2011 eine grundlegende Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren beschlossen, die unter anderem darauf zielt, Bürger früher in die Netzplanung einzubeziehen.“

Und was machen unsere Kommunalpolitiker? Ganzheitliche Betrachtung? Ist drei Wochen vor Beschluss in Neu-Anspach „frühe“ Einbeziehung der Bürger?

Das Wirtschaftsministerium spricht auch von „volatiler“ oder „fluktuierender“ Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Das Problem scheint erkannt, aber was ist die Konsequenz? Statt den Taunus zu retten, drängt das Regierungspräsidium in der Genehmigung für Weilrod auf sofortige Vollziehung, weil es sonst für den Antragsteller weniger Fördermittel geben könnte. Erstmal schnell bauen und einspeisen, dann sehen wir weiter?

Klaus Golinski
Neu-Anspach